Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 1 | **München, 2. Januar 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Dez.	Tebeth	Bemerkungen
Sonntag	4	15	
Montag	5	16	
Dienstag	6	17	
Mittwoch	7	18	תקופה
Donnerst.	8	19	
Freitag	9	20	
Samstag	10	21	שמות הפטרה הבאים ישרש (Jesaja 27, 6—13. 8, 1—13. 29, 22. 23)

Das Jüdische Echo

Nummer 1 | 2. Januar 1931 | 18. Jahrgang

Lord Melchett

Der Council der Jewish Agency zum zweiten Male verwaist. — Ein schwerer Verlust für die Zionistische Bewegung

London, 28. Dezember. (JTA.) Am Sonnabend, den 27. Dezember, nachmittags, ist Lord Melchett, der berühmte Wirtschaftsführer und Schöpfer des englischen Chemie-Trusts, Vorsitzender des Council der Jewish Agency, im Alter von 62 Jahren verstorben. Seit Oktober d. J. lag Lord Melchett an einer schweren Venenentzündung darnieder und mußte sich jeder öffentlichen Tätigkeit enthalten. Am 26. Dezember traten schwere Komplikationen hinzu, die am Tage darauf seinen Tod zur Folge hatten. Die gesamte englische Presse beklagt den Tod Melchetts als einen Verlust für die englische Wirtschaft und für das politische Leben Großbritanniens, in jüdischen Kreisen wird Melchetts Hingang als ein herber Verlust für das jüdische Aufbauwerk in Palästina, dem Melchett einen großen Teil seiner Kräfte und auch große Mittel gewidmet hatte, empfunden.

Lord Melchett, bis 1928 als Sir Alfred Mond bekannt, wurde 1868 in Farnworth (Lancashire) als Sohn des in Deutschland geborenen hervorragenden Chemikers Dr. Ludwig Mond geboren. Nach Absolvierung seiner juristischen Studien trat er in die von seinem Vater mitbegründete Firma Bruno, Mond and Co., die bedeutendsten chemischen Werke Englands, ein und spielte auch in anderen großen industriellen Unternehmungen eine führende Rolle. 1906 wurde er liberales Mitglied des Parlaments, von 1916 bis 1921 war er Minister für öffentliche Arbeiten im Kabinett Lloyd George, 1921 wurde er zum Wohlfahrtsminister ernannt. 1928 trat er zur Konservativen Partei über und wurde einer ihrer Wortführer im House of Lords. Sein politischer Einfluß war groß, aber der Schwerpunkt seiner Lebensarbeit lag in der Wirtschaft. Er galt als einer der modernsten Wirtschaftsführer seiner Zeit. Die Rationalisierung und Zusammenfassung der englischen Industrie nach deutschem und amerikanischem Muster hatte er sich zur Lebensaufgabe gemacht. Sein Hauptlebenswerk war die Zusammenfassung der chemischen Industrie Englands in die Imperial Chemical Industries, die er mit einem Kapital von 1½ Millionen Goldmark ausstattete. In Kanada hat sich der Mond-Nickel-Konzern die Kontrolle über den größten Teil der Nickelproduktion der Welt sichern können. Die berühmt gewordenen Mond-Turner-Konferenzen galten dem Ziele der Schaffung guter Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital. Sie haben es erreicht, daß sich Arbeiter und Unternehmer zusammen an den Verhandlungstisch gesetzt haben. Lord Melchett hat die chemische Wissenschaft in ungeahnter Weise gefördert.

Melchetts Sohn, Sir Henri Mond, der dem Unterhaus als konservatives Mitglied angehört, wird sein Nachfolger als zweiter Lord Melchett im House of Lords, sowie sein Nachfolger auf den verschiedenen Arbeitsgebieten. Melchetts Tochter heiratete den ältesten Sohn Lord Readings, des ehemaligen Vizekönigs von Indien, Sir Rufus Isaacs.

Lord Melchett unterstützte als Mitglied der englischen Regierung die später in der Balfour-Deklaration verkörperte Palästina-Politik Englands und hat seinen großen politischen und gesellschaftlichen Einfluß der Förderung der zionistischen Endziele und der praktischen Palästina-Arbeit gewidmet. 1918 wurde er Mitglied des von Sir Herbert Samuel geleiteten Beratenden Komitees für die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas und später Vorsitzender des Economic Board for Palestine und Präsident des englischen Keren Hajessod-Komitees. 1928 wurde er zum Präsidenten der English Zionist Federation gewählt; diese Würde legte er später infolge Arbeitsüberlastung nieder. Melchett unternahm mehrere Palästina-Reisen und entfaltete im öffentlichen Leben Englands eine energische politische und Wirtschaftspropaganda für Palästina. Er selbst hat dem Palästina-Aufbau große Summen in Form von Spenden und Investitionen zugewandt. Er schuf auch ein großes landwirtschaftliches Unternehmen, die Mond-Plantagen. Auch war er an dem Werk der Ausbeutung der Kali-Schätze des Toten Meeres interessiert.

Lord Melchett war an dem Zustandekommen der Jewish Agency for Palestine hervorragend beteiligt. Er war Präsident der Joint Palestine Survey Commission, deren Gutachten die Basis für die Tätigkeit der Jewish Agency bildet. Die konstituierende Versammlung des Council der Jewish Agency in Zürich im August 1929 wählte ihn zusammen mit Louis Marshall zum Präsidenten des Council. Nach dem Tode Marshalls war er der einzige Vorsitzende des Council, der nun sein zweites führendes Haupt verliert. Seit dem Erscheinen des letzten Palästina-Weißbuches der englischen Regierung befand er sich als Vorsitzender des Council der Jewish Agency im Zustande der Demission zum Protest gegen die der Balfour-Deklaration und dem Palästina-Mandat widersprechende Palästina-Politik der Regierung MacDonald.

Melchett und die deutsche Chemie-Wirtschaft

Berlin, 29. Dezember. (JTA.) Fast die gesamte deutsche Presse würdigt in längeren Aufsätzen die Persönlichkeit des verstorbenen englischen Chemie-Königs Lord Melchetts. Die Presse erinnert daran, daß es Melchetts Endziel war, einen englisch-deutschen Chemie-Trust zu schaffen, und daß er vor knapp 14 Tagen anläßlich der Debatten im Ober- und Unterhaus über das englische Einfuhrzollgesetz betreffend Farbstoffe ankündigen ließ, daß „selbst ein Beibehalten des Einfuhrzolls die Möglichkeit eines weitgehenden Interessenabkommens zwischen I. G. Farbenindustrie und Imperial Chemical Industries keineswegs ausschließt“. Die Presse hofft, daß es der neuen Leitung des englischen Chemie-Trusts gelingen wird, die Arbeiten Lord Melchetts auf diesem Gebiet zu vollenden.

Bemerkungen

Hunger und Kälte

Die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde, welche im Jahre 1926 gewählt wurde, hat in ihrer letzten Sitzung am 14. Dezember 1930 nach der am 30. November erfolgten Wahl der neuen Repräsentantenversammlung angesichts der ungeheueren Not, die auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung in Berlin vorhanden ist, eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, um unter äußerster Anspannung der finanziellen Mittel der Gemeinde und mit Zuhilfenahme aller hilfsbereiten, sozial fühlenden Kräfte wenigstens einen Teil dieser Not zu lindern. Hunger und Kälte tun weh, und wenn ein Notstand in den wärmeren Jahreszeiten noch einigermaßen durch das helle Licht der Sonne vergoldet wird, so wächst die Not in den Wintermonaten besonders für alte Menschen ins Unerträgliche. Mit Selbstverständlichkeit stellten sich darum alle Richtungen im Berliner jüdischen Gemeindeparlament auf den Boden der unabweislichen Verpflichtung, die die Jüdische Gemeinde hat, führend und helfend einzugreifen und alle Maßnahmen zu treffen, die in dieser schweren Situation notwendig sind.

Das Ausmaß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß sicherlich nicht weniger als 10 Millionen Menschen in Deutschland genötigt sind, öffentliche Mittel ganz oder zum wesentlichen Teil in Anspruch zu nehmen. Wertwolle Arbeitskraft, arbeitsfähig und arbeitswillig, liegt schuldlos brach, die Wirtschaft ist nicht in der Lage, sie aufzunehmen. So ist die Arbeitslosenfrage zum dringlichsten sozialen Problem geworden. Die Einrichtungen des Staates und der Gemeinden reichen nicht aus, um die Not weitester Kreise in erforderlichem Umfange zu lindern.

Die jüdische Not und die jüdische Arbeitslosigkeit sind nicht weniger katastrophal. Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß die gegenwärtige Krise die wirtschaftliche Situation der Juden in verstärktem Umfange trifft, da sie Wirtschaftszweige erschüttert, Berufe entwurzelt, Wirtschaftsformen vernichtet, an denen die Juden besonders starken Anteil hatten. Hinzu kommt die von Tag zu Tag sich verschärfende Tendenz, jüdische Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Juden von jeglicher wirtschaftlichen Möglichkeit auszuschließen. Die politische Entwicklung der letzten Monate, die sich steigernde Wirtschaftskrise lassen kaum die Hoffnung zu, daß in allernächster Zeit mit einem grundsätzlichen Wandel, mit durchgreifender Änderung und Besserung zu rechnen ist.

Der jüdischen Gemeinschaft, die auf ihren Bestand, ihre Entwicklung und ihre Zukunft bedacht ist erwächst eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe. Nicht alle Gemeinden und jüdischen Körperschaften sind für diese Arbeit gerüstet. Manche jüdische Gemeinde glaubt, ihrer Pflicht in dieser Stunde, die die ernsteste ist, die das deutsche Judentum seit Jahrzehnten erlebt, nachgekommen zu sein, wenn sie in alter Weise mehr oder minder große Beträge für „Wohltätigkeit" in ihren Etat einstellt. Man erkennt hier noch immer nicht, daß es sich nicht mehr nur darum handeln kann, Wohltätigkeit ohne Sicht und Ziel zu üben, sondern daß es gilt, die produktive, die sozialpolitische, die wirtschaftliche Aufgabe zu erkennen, eine Aufgabe, die allerdings nicht isoliert von dem Einzelnen und einer Gemeinde gelöst werden kann. Erhaltung der Arbeitskraft und der Arbeitsfähigkeit, bestmögliche Ausbildung der Berufsfähigkeiten, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, genossenschaftlicher Zusammenschluß, Ausbau der Kredit- und Darlehensmöglichkeiten — das sind nur einige der wichtigsten Arbeitsgebiete, auf die sich die jüdisch-soziale Arbeit mit aller Kraft konzentrieren muß.

Sozialpolitische Arbeit auf lange Sicht, Produktivgestaltung der Wohlfahrtspflege, Konzentrierung aller Mittel und Möglichkeiten auf die Erhaltung des sozialen Körpers des deutschen Judentums — wie wenige jüdische Gemeinden und Körperschaften haben die Bedeutung der Aufgabe in dieser Stunde erkannt. Viele glauben, durch „Friedhofspolitik" der auf ihnen ruhenden Verantwortung gerecht werden zu können, andere durch Abbau der sozialen „Lasten", und merken nicht, daß Gemeinden sich selbst aufgeben und vernichten, wenn sie die Menschen zugrunde gehen lassen, die sie zu erhalten berufen sind. In „normalen" Zeiten sich bewähren und soziale Arbeit in bescheidenem Umfange leisten, ist wenig, in gefährdeten Zeiten sich bewähren, alle Kräfte anspannen zur Erhaltung der Gegenwart, neue Fundamente legen zur Rettung der Zukunft ist mehr. Und wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Grundlagen für eine verstärkte jüdisch-soziale Arbeit sind vorhanden. Viele Gemeinden verfügen bereits über Wohlfahrts- und Jugendämter, die die Kräfte der Gemeinden zusammenfassen, die Gemeinden wiederum sind zusammengefaßt in den Provinzial- und Landesverbänden. An einigen Orten gibt es bereits jüdische Arbeitsnachweise, die nicht erfolglos innerhalb einer Gemeinde oder einer Provinz wirken. Hier und dort arbeiten Darlehenskassen und Kreditinstitute. Es gilt, alle diese Institute auszubauen und zu erweitern, sie bereit zu machen für die Not und Erfordernisse der Stunde. Es gilt, neue Menschen zu gewinnen, die bereits Arbeitenden immer wieder auf die Größe der Aufgabe hinzuweisen. Es gilt, die jüdischen Arbeitgeber an ihre Pflichten zu erinnern, den jüdischen Arbeitnehmern den Kampf um den Arbeitsplatz zu erleichtern. Es gilt, alle finanziellen Möglichkeiten zu mobilisieren und zusammenzufassen zur Erhaltung und zum Ausbau der sozialen Arbeit, unter Hintanstellung mancher Aufgabe, die in minder gefährdeten Zeiten dringlich sein mag. Und es gilt, den Geist zu ändern und zu erneuern, den Geist zu schaffen, aus dem heraus erst fruchtbare soziale Arbeit möglich wird.

Fahnenflucht

Die auf Freiwilligkeit beruhende Neuorganisation der deutschen Judenheit hat in den letzten Jahren keine Fortschritte mehr gemacht. Trotz mannigfacher Anstrengungen ist es z. B., worauf man immer wieder verweisen muß, noch nicht gelungen eine Gesamtorganisation der deutschen Juden, den Reichsverband zu konstituieren; weshalb, soll hier nicht untersucht werden und auch nicht in welcher Weise man heute an seine Schaffung heranzugehen hätte. Tatsache ist nur, daß er in irgendeiner Weise auf den bereits bestehenden Landesverbänden beruhen wird müssen, deren

Existenz und deren Leistungsfähigkeit daher als Voraussetzungen seiner Gründung anzusehen sind. Den nötigen Ausgleich zwischen den auseinanderstrebenden Meinungen zu schaffen, schien auch bisher nicht leicht; immerhin konnte man überzeugt sein, daß er in absehbarer Zeit kommen werde: seine Notwendigkeit ist eben so klar von den Einsichtigen aller Parteien im deutschen Judentum erkannt, daß man mit seiner Verwirklichung rechnen kann, obwohl noch manche Schwierigkeiten namentlich in verfassungs- und steuerrechtlicher Hinsicht zu überwinden sind. Heute aber obliegt jedenfalls die Aufgabe der Repräsentanz der deutschen Juden noch ganz den Landesverbänden der jüdischen Gemeinden, von denen der größte der Preußenverband freilich bisher die staatliche Anerkennung und damit ein Besteuerungsrecht nicht hat erlangen können und so lediglich auf Beiträge seiner Mitgliedsgemeinden angewiesen ist. Merkwürdigerweise machen sich jetzt auf einmal in manchen preußischen Gemeinden (Der Verband umfaßt etwa 96 Prozent aller preußischen Juden) Bestrebungen geltend diesem Verband den Rücken zu kehren. So wird bekannt, daß der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Krefeld — die nebenbei gesagt, in der Lage ist nur 10 Prozent Steuern erheben zu müssen — sich für den Austritt aus dem Preußischen Landesverband ausgesprochen und an die niederrheinischen Gemeinden die Aufforderung gerichtet hat sich mit derselben Frage zu beschäftigen. Auf welche Beweggründe dieser Beschluß zurückzuführen ist — ob es nur solche lokaler egoistischer Natur sind, ob nur die Furcht vor einer etwa notwendigen Steuererhöhung, ob man aus allgemeineren Gründen einen Feldzug zur Zerstörung des Verbands und damit auch der Existenzgrundlagen der jüdischen Gemeinschaft einleiten will — dieses Verhalten ist nichts anderes als Fahnenflucht, als Aushöhlung der schwer gefährdeten jüdischen Front und dies in einem Moment in dem nichts notwendiger wäre als sie zu verstärken und fester zusammenzuschließen. Wenn die Gemeinde Krefeld Schule macht, gehen wir einem Zustand völliger Anarchie des deutschen Judentums entgegen, sind alle Errungenschaften der letzten Jahre, ist jeder weitere Fortschritt gefährdet.

Eine der Gemeinden, an die man die Aufforderung zu gleichem Vorgehen richtete, hat allerdings bereits eine vorbildliche und unmißverständliche Antwort erteilt, die hier wiedergegeben sei. In ihrer Sitzung vom 23. Dezember beschloß nämlich die Jüdische Gemeindevertretung Duisburg folgendes:

Auf die ihr zugegangene Anregung zum Austritt von jüdischen Gemeinden aus dem Preußischen Landesverband Stellung zu nehmen, erklärt die Gemeindevertretung Duisburg einstimmig: 1. Die Jüdische Gemeinde Duisburg hat sich in ihren Satzungen selbst gebunden, einem anerkannten Landesverband zuzugehören.. 2. Der vom Landesverband mit allen gegen 1 Stimme beschlossene, der Regierung vorliegende Vorschlag eines Judengesetzes sieht die Zwangszugehörigkeit der Gemeinde zu einem Landesverband ebenso wie die Zwangszugehörigkeit des einzelnen Juden zur Gemeinde vor. Wird der Vorschlag demnächst Gesetz, so wird die ausgetretene Gemeinde doch wieder Verbandsgemeinde. 3. Der Austritt einer Gemeinde aus der Organisation der Gemeinden oder die Drohung mit dem Austritt aus geldlichen oder anderen Beweggründen ist ein Verstoß gegen die jüdische Solidarität nicht weniger als der Austritt des Einzelnen aus der Gemeinde oder die Drohung mit dem Austritt aus der Gemeinde. Es ist ein Gebot jüdischer Selbstachtung, auch vor Einführung des staatlichen Zwanges der Gesamtheit sich nicht zu entziehen. Anders wird nie der erstrebte Jüdische Reichsverband zustande kommen.

C.-V. und Pilsudskiterror

Die gesamte Kulturwelt ist entrüstet über den ungeheuerlichen Terror, mit dem Pilsudski seinen Wahlsieg erzwungen hat. Wir lesen mit Schrecken von den Mißhandlungen angesehener politischer Führerpersönlichkeiten Polens, die in Brest-Litowsk stattgefunden haben und wir wissen, daß in einer dem Gedeihen des Rechtsstaates hohnsprechenden Weise den Linksparteien ebenso wie den nationalen Minderheiten die Wahlpropaganda unmöglich gemacht, ja daß in manchen Bezirken die Pilsudski mißliebige Kandidatenliste einfach für ungültig erklärt wurde. Mit solchen Praktiken hat man den nationalen Minderheiten, Deutschen, Juden und Ukrainern ihre schwere Wahlniederlage bereitet. Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, warum die Agudah in Polen sich aus der Reihe der jüdischen Parteien gelöst und mit Pilsudski verbündet hat (wofür sie von ihm mit drei Sejm- und einem Staatsmandat belohnt wurde). Um so mehr erstaunen muß aber, daß die C.-V.-Zeitung, die sonst immer ihre national-deutsche Einstellung betont, in mehreren Artikeln dieses Bündnis mit dem Unterdrücker des Deutschtums in Polen begrüßt — nur weil es zur Schädigung des verhaßten Zionismus geführt hat. Als erfreuliches Ergebnis bezeichnet sie das so erzwungene Ausscheiden des in allen Gruppen geachteten zionistischen Führers Jizchak Grünbaum aus dem politischen Leben Polens. Wir glauben, daß die C.-V.-Zeitung mit dieser Stellungnahme der polnischen Agudah einen Bärendienst erwiesen hat und bedauern im Interesse des jüdischen Ansehens in der Kulturwelt aufs tiefste diese versteckte Sympathieerklärung der C.-V.-Zeitung für den Unterdrücker Pilsudski. Wir werden im Bunde mit der anständigen Presse aller Richtungen immer wieder darauf hinweisen, daß der jetzige polnische Sejm nur durch Mittel einer rohen Gewalt zustande gekommen ist, die sich in gleicher Weise gegen Juden, Deutsche wie freiheitlich gesinnte Polen richtet.

Verhandlungspause

Nicht nur die langwährenden Weihnachtsferien in England sind der Grund, warum die Verhandlungen der Jewish Agency mit dem Ausschuß des englischen Regierungskabinetts über Modifikationen des Weißbuches eine Unterbrechung erfahren haben. Genauer ausgedrückt: Man kann sagen, daß die Weihnachtsferien beiden Parteien in dieser Frage eine willkommene Gelegenheit gegeben haben, um sich die gesamte Situation noch einmal klar zu überlegen. Hierbei spielen nicht nur für England, sondern auch für die Vertreter der Jewish Agency außer den unmittelbar mit dem Weißbuch zusammenhängenden Fragen auch die Gegebenheiten der allgemeinen Situation in der Welt eine Rolle. In viel stärkerem Grade, als es in Reden und Aufsätzen zum Ausdruck kommt, bestimmt die furchtbare Wirtschaftskrise die Gestaltung aller politischen Maßnahmen in der ganzen Welt. Die Weltkrise, auf die Juden bezogen, ist besonders schwer, und ob man von ihr in erster Linie spricht oder ihrer nur hin und wieder mit

einem tiefen Seufzer Erwähnung tut, sie überschattet alle Verhandlungen und alle politischen Entschlüsse. Man kann geradezu von einem wirtschaftlichen Chaos in der Welt sprechen, und in chaotischen Zeiten fällt es schwer, Dinge klar zu sehen, und selbst nur eine kurze Wegstrecke in eine nahe Zukunft zu überblicken.

Warum soll man sich in England mit Palästina so beeilen, wo man mit viel dringenderen und ebenso unangenehmen Problemen alle Hände voll zu tun hat? Schließlich hängt die Araber-Politik in Palästina mit dem gesamten vorderen Orient, teilweise auch mit der Stellung Englands zu den mohammedanischen Teilnehmern der indischen Konferenz zusammen, die leider größere Zugeständnisse verlangen, als sich mit der Rücksichtnahme Englands auf die nichtmohammedanischen Inder vereinbaren läßt. Deswegen kommt es der englischen Regierung recht gelegen, vor einer definitiven Antwort an die Jewish Agency erst die Resultate der Debatte mit den Indern abzuwarten, wohl auch in der Hoffnung, daß sich bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf jüdischer Seite eine gewisse Beruhigung einstellen wird. Trotzdem werden auch bis dahin nur wenige Juden einzusehen vermögen, warum man die palästinensischen Araber, die doch Träger der alten islamitischen Kultur sind, mit den Negern Rhodesiens vergleicht, die durch ein englisches Gesetz vor den ausbeutenden Weißen geschützt werden sollen. Eine derartige Folgerung aus der sozialen Revision des englischen Kolonialsystems wird auch den Arabern wenig sympathisch erscheinen. Leider aber sind derartige Ansichten charakteristisch für die Einstellung vieler englischer Politiker.

Trotz ihres Unwillens über die Verhandlungen der englischen Regierung mit den Zionisten werden die Araber doch jetzt sehr erfreut sein, bald direkt aus Haifa mit guten Petroleumprodukten beliefert zu werden. Denn es ist den Arabern sehr angenehm, die Segnungen und den Schutz einer geordneten Regierung voll zu genießen. Im Grunde ist ihnen schon heute die gut bewährte, von ihnen aber in Erklärungen nicht anerkannte kolonisatorische Mithilfe der Juden gar nicht so unerwünscht. Jetzt, wo die Araber von dem Zufall profitieren, der sie in ein weltpolitisches Interessenzentrum hineingerückt hat, können sie sich den Luxus gestatten, so zu tun, als ob sie die Juden gar nicht nötig hätten. Immer wieder zeigt es sich, daß die Wünsche der Araber und Juden keineswegs so entgegengesetzt sind, als sie dem oberflächlichen Betrachter erscheinen. Leider ist das beiderseitige Mißtrauen noch immer größer als das Bewußtsein der wirklichen Notwendigkeit gegenseitiger Ergänzung.

Daß auch die englische Regierung die Bedeutung des Widerstandes der Juden gegen eine fortschreitende Entrechtung des Zionismus nicht unterschätzt, zeigt sich in der Geneigtheit, den Antrag Kenworthys auf Übertragung der obersten Leitung der Palästina-Politik an das englische Außenamt in Erwägung zu ziehen. Es ist zwar zweifelhaft, ob eine derartige Maßnahme eine Richtungsänderung der englischen Politik in bezug auf Palästina zur Folge haben wird, aber damit würde doch stärker der Tatsache Rechnung getragen sein, daß Palästina keine englische Kolonie ist, sondern ein Mandatsland, bei dem die Befugnisse der Mandatarmacht in gewissem Sinne beschränkt sind.

Wenn man in den letzten Tagen wieder, wenn auch nicht von offizieller Seite, von einer Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes sprach, so bewies das, daß der Stand der bisherigen Londoner Verhandlungen nicht günstig ist. Was auch der Kern dieser Gerüchte sein mag, auf jeden Fall beweisen sie, daß die maßgebenden jüdischen Persönlichkeiten auf ihrem Standpunkte beharren. Überhaupt haben die gemeinsamen Enttäuschungen der letzten Zeit viel zur Annäherung früher differierender Meinungen beigetragen.

Die englischen Zeitungen melden am 20. Dezember: In einer am 15. November veröffentlichten Mitteilung der Regierung wurde bekanntgegeben, daß — da Zweifel über die Vereinbarkeit mancher Sätze des Weißbuches vom 21. Oktober mit gewissen Artikeln des Palästina-Mandates geäußert wurden und da andere Sätze sich zur Erzeugung von Mißverständnissen geeignet erwiesen haben, die Regierung Sr. Majestät Vertreter der Jewish Agency eingeladen hat, mit ihr über diese Angelegenheiten zu beraten. Gestern Abend wurde hierzu folgende Mitteilung vom Foreign Office ausgegeben:

„Gemäß der Ankündigung vom 15. November ist ein Subkomitee des Kabinetts mit den Führern der Jewish Agency zu Beratungen zusammengetreten; eine weitere Zusammenkunft hat heute, Freitag (19. Dezember), in den Räumen des Auswärtigen Amtes stattgefunden. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen und die Sitzungen werden Anfang Januar wieder aufgenommen werden."

Wie der „Jewish Chronicle" mitteilt, hat in den letzten zwei Monaten Malcolm MacDonald, der Sohn des Primeministers, eine bemerkenswerte Rolle bei den Verhandlungen mit der Regierung gespielt. Der junge MacDonald ist ein Bewunderer und Freund Dr. Weizmanns und ist sehr gut informiert über alle Einzelheiten der Palästinafrage. Es heißt, daß er sich jetzt mit der Ausarbeitung eines Planes beschäftigt, der einerseits das jüdische Volk zufriedenstellt, anderseits unnötige und unerwünschte Erschütterungen in Palästina vermeidet. Malcolm MacDonald, schreibt „Jewish Chronicle", sei das einzige brauchbare Mitglied der zu dem Kabinett-Komitee gehörenden Gruppe; ob er jedoch stark genug ist, den Primeminister zugunsten des Zionismus entscheidend zu beeinflussen, müsse abgewartet werden. „Jewish Chronicle", dessen Berichte freilich sehr tendenziös sind, will erfahren haben, daß mit Rücksicht auf die weitere Verschleppung der Verhandlungen die Verschiebung des Zionistenkongresses erwogen werde. Außerdem behauptet das Blatt, daß noch vor Zusammentritt des Kongresses weitere Demissionen in der zionistischen Exekutive erfolgen und auch andere „dramatische Entwicklungen" erwartet werden.

Die Verhandlungen zwischen Jewish Agency und der englischen Regierung vor dem Abschluß? — Ruthenberg lehnt es ab, nach London zu reisen

London, 28. Dezember. (JTA. Die Zeitung „Jewish Chronicle", die bisher über die Verhandlungen zwischen der Jewish Agency und der englischen Regierung nur pessimistisch klingende Nachrichten gebracht und die Resultatlosigkeit dieser Verhandlungen vorausgesagt hat, nimmt heute eine mehr optimistische Haltung ein und teilt mit, daß die verhandelnden Parteien auf dem Wege zu einem Kompromiß sind. Die Zeitung glaubt, daß es den Unterhändlern der Jewish Agency nicht gelungen ist, wichtige Konzessionen zu erhalten, daß aber eine Anzahl der krassesten Punkte des letzten Weißbuches von der englischen Regierung fallen gelassen wird. „Jewish Chronicle" ist der Meinung, daß die Reise Malcolm Mac Donalds, des

Sohnes des Ministerpräsidenten Ramsay Mac Donald, nach Palästina zweifellos die Verhandlungen zwischen den Zionisten und der Regierung günstig beeinflussen wird, mag auch diese Reise nur privaten Charakter tragen.

Jerusalem, 28. Dezember. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, hat die Executive der Jewish Agency den Waad Leumi aufgefordert, seine Vertreter nach London zur Teilnahme an den Verhandlungen mit der Regierung, die sich dem Abschluß nähern, zu entsenden. Dabei soll die Executive angedeutet haben, daß sich die Verhandlungen bereits dem wichtigsten Punkte genähert haben und daß es nun an der Zeit sei, daß auch der Waad Leumi durch Teilnahme an den Verhandlungen die Mitverantwortung für den endgültigen Beschluß übernehme. In einer Mitteilung an die Jüdische Telegraphen-Agentur erklärte aber der Vorsitzende des Waad Leumi, Ing. Pinchas Ruthenberg, daß er nicht die Absicht habe, nach London zu gehen. In einem vom „Doar Hayom" publizierten Schreiben Ruthenbergs erklärte dieser, er lehne jede Verantwortung für die Londoner Verhandlungen ab und wolle an diesen Verhandlungen auch nicht teilnehmen. Ruthenberg erklärte weiter, niemand habe ihn als künftigen Präsidenten der Jewish Agency in Vorschlag gebracht, und er würde dieses Amt, falls es ihm angeboten werden sollte, nicht annehmen.

„Jewish Chronicle" glaubt an eine Verschiebung des Kongreß-Termins

London, 28. Dezember. (JTA.) „Jewish Chronicle" erklärt, aus gut informierter Quelle erfahren zu haben, daß der für den 24. Februar 1931 nach Karlsbad einberufene XVII. Zionistenkongreß auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden wird.

Die Verwaltung Palästinas soll dem Außenamt unterstellt werden. — Eine sensationelle Erklärung Kenworthys

London, 18. Dezember. (JTA.) Der Abgeordnete der Labour-Party Lt.-Cdr. Hon. J. M. Kenworty hat auf dem Jubiläumsfestbankett des Hebrew Board of Guardians in Hull eine Ansprache gehalten, in der er die aufsehenerregende Mitteilung machte, es werde die Verwaltung Palästinas wahrscheinlich dem Kolonialamte entzogen und dem Außenamte unterstellt werden. Er selbst habe der Regierung einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet und sei überzeugt, daß er angenommen werden würde. Weiters erklärte Kenworty, daß nur wenige Führer der Labour-Party bereit seien, der im Weißbuch über Palästina angekündigten Politik ihre Unterstützung zu leihen.

Vor kurzem hat auch Lord Erleigh erklärt, daß mit der Unterstellung der Verwaltung Palästinas unter das Außenamt zu rechnen sei.

Der Bericht der Klagemauerkommission beim englischen Kolonialamt eingelangt

London, 16. Dezember. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist der Bericht der Klagemauerkommission bereits in den Händen des Kolonialamtes. Da das Kolonialamt bisher keine Gelegenheit hatte, den Bericht zu überprüfen, könnte auch bezüglich einer eventuellen Publikation noch keine Entscheidung getroffen werden. Auf alle Fälle wird jedoch eine Kopie des Berichtes demnächst dem Völkerbund übermittelt werden, da die Kommission auf Grund internationaler Vereinbarungen unter den Auspizien des Völkerbundes ernannt wurde.

Wie seitens des Kolonialamtes der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitgeteilt wird, entsprechen die Gerüchte, daß der sich augenblicklich in London aufhaltende Sekretär der arabischen Executive, Jamal Husseini, bemüht sei, die Veröffentlichung des Berichtes der Klagemauerkommission zu verhindern, nicht den Tatsachen.

Es wird weiter gehetzt

Das Bayerische Innenministerium lehnt ein Einschreiten gegen die antisemitische Hetze des „Stürmer" ab

Berlin, 23. Dezember. (JTA.) Der bayerische Landesverband des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten hat auf seiner Tagung zu Fürth einer Protestresolution gegen die antisemitische Hetze der in Nürnberg erscheinenden Zeitschrift „Der Stürmer", die auf der Titelseite die Querschrift „Die Juden sind unser Unglück" trägt, gefaßt, in welcher u. a. noch gesagt wird: „Tag für Tag müssen deutsche Juden diesen Schimpf über sich ergehen lassen ...." Der Landesverband Bayern des RjF erhebt als berufene Vertretung der ehemalig jüdischen Frontsoldaten in Bayern leidenschaftlichen Protest gegen diese brutale Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft. Er erblickt in diesem Treiben eine Schändung des Andenkens der 12 000 Juden, die im Weltkrieg den Tod für das Vaterland gefunden haben. Der Landesverband Bayern des RjF. fordert geeignete Maßnahmen, die eine weitere Verunglimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft unmöglich machen, und erwartet, daß die durch Gesetz sanktionierte Gleichberechtigung auf diese Weise ihre tatsächliche Verwirklichung findet."

Vom bayerischen Staatsministerium des Innern ging dem Landesverband Bayern des RjF. ein Antwortschreiben zu, in welchem es heißt:

„... Der in der nationalsozialistischen Zeitung „Der Stürmer" wiederholt enthaltene Satz „Die Juden sind unser Unglück", auf den in der ... Protestresolution hingewiesen wird, erfüllt nach Auffassung der zuständigen Staatsanwaltschaft nicht den Tatbestand des § 130 des RStrGB., weshalb eine Strafeinschreitung hierwegen nicht möglich ist. Bei der geschilderten Rechtslage können weitere Maßnahmen der Polizeibehörden nicht in Frage kommen."

Dazu bemerkt „Der Schild": „Die Stellungnahme des bayerischen Innenministeriums wird nicht nur unsere Kameraden, sondern alle Kreise des deutschen Judentums interessieren, da sie wiederum beweist, daß in unserem heutigen Strafgesetz Lücken bestehen, die dem Vorgehen von jüdischen Abwehrorganisationen unüberwindliche Grenzen setzen."

Die Ostjuden in Deutschland

Alters-, berufliche und soziale Gliederung

Berlin, 24. Dezember. (JTA.) Auf Grund des soeben veröffentlichten Werkes von Prof. Silbergleit über die Ergebnisse der Volkszählung von 1925 in Preußen bearbeitete die Sektion für Wirtschaft und Statistik des Jiddischen Wissenschaftlichen Instituts (JWI) das Material über die ausländischen Juden.

In Preußen befanden sich 1925 über 76 000 jüdische Ausländer auf eine jüdische Gesamtbevölkerung von 404 000, d. i. 18,9%. Es ist anzunehmen,

daß im Deutschen Reiche sich die Zahl der jüdischen Ausländer auf ca. 100 000 beläuft, d. i. 17 bis 18% der jüdischen Gesamtbevölkerung (564 000) Deutschlands. Im Jahre 1900 waren in Deutschland über 41 000 jüdische Ausländer, was nur 7% ausmachte; im Jahre 1910 erreichte, wie anzunehmen, die Zahl der jüdischen Ausländer in Deutschland ca. 60 000 Seelen — beinahe 10% der gesamten jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Die Zahl der ausländischen Juden war also im zwanzigsten Jahrhundert stets im Wachsen begriffen, sie stieg prozentual von 7% im Jahre 1900 auf fast 18% im Jahre 1925.

Über 80% sämtlicher jüdischer Ausländer Preußens im Jahre 1925 stammen aus osteuropäischen Ländern. Polnische Statsangehörige unter ihnen waren über 46%, sowjetrussische und staatenlose fast 19%, österreichische über 12%, tschechoslowakische fast 5%. Die jüdischen Ausländer sind in noch höherem Maße als die deutschen Juden in den Großstädten konzentriert. In den zehn größten Gemeinden Preußens leben 82% der jüdischen Ausländer. In Berlin selbst leben fast 44 000 jüdische Ausländer — über 25% der jüdischen Gesamtbevölkerung Berlins und über 57% der Gesamtzahl jüdischer Ausländer Preußens.

Die Gliederung nach Geschlecht und Alter ist bei deutschen und ausländischen Juden sehr verschieden. Unter den deutschen Juden sind die Frauen (fast 53%) in der Mehrheit, unter den ausländischen dagegen sind die Männer (über 52%) in der Mehrheit. Die deutschen Juden zählen wenig Kinder im Alter bis 5 Jahre (6,1%), viele Erwachsene im Alter von 16 bis 65 Jahre (74,5%) und sehr viele Alte über 65 Jahre (9,2%), die ausländischen Juden weisen 9,5% Kinder, 73,8% Erwachsene und nur 3,0% Alte auf. Somit ist der Prozentsatz der Alten bei den deutschen dreimal so hoch wie bei den ausländischen Juden; auch Personen im Alter von 51 bis 65 sind bei den deutschen Juden stark vertreten, zweimal so viel als bei den ausländischen Juden.

In der Berufsgliederung ist kein bedeutender Unterschied zwischen jüdischen Inländern und Ausländern, wohl aber zwischen Juden und Nichtjuden, festzustellen. Über 26% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands beschäftigen sich mit Landwirtschaft, während von den erwerbstätigen Juden nur 1,5% Ackerbau treiben. In Industrie und Handwerk sind beschäftigt: Gesamtbevölkerung — 36,6%, deutsche Juden — 20,6%, ausländische Juden — 27,9%. Im Handel einschließlich Verkehr: 15,3% — 49,7% — 49,8%. Der Verkehr spielt unter den erwerbstätigen Nichtjuden eine bedeutend größere Rolle als bei den Juden; es ergibt sich, daß im Handel selbst (ohne Verkehr) die Gesamtbevölkerung mit nur 10% aller Erwerbstätigen, während die Juden mit 49% vertreten sind. Die ausländischen Juden weisen bedeutend mehr Beschäftigte in Industrie und Handwerk auf (27,9%) als die deutschen Juden (20,6%). In einigen Berufen machen die ausländischen Juden einen bedeutenden Prozentsatz der Gesamtzahl der in diesen Berufen beschäftigten Juden aus, z. B.: im Schlosserhandwerk 29%, Schokoladen- und Zuckerwaren 29%, Herstellung von Kleidern und Wäsche 30%, Barbiergewerbe 34%, Hausier- und Straßenhandel 36%, Schuhmacherei und Schuhindustrie 44%, Herstellung von Zigaretten 47%, Kürschnerei und Rauchwarenbearbeitung 54%. Es bestätigt sich also nicht die verbreitete Meinung, daß im nicht beneidenswerten Berufe des Hausier- und Straßenhandels sehr viel ausländische Juden beschäftigt sind; es sind dies nur 3,3% sämtlicher im Handel beschäftigten jüdischen Ausländer (unter den deutschen Juden treiben Hausier- und Straßenhandel 2% aller im Handel beschäftigten deutschen Juden).

Sehr gering ist der Prozentsatz der Juden unter dem Beamtentum und dem Militär, in den freien Berufen sind sie aber stark vertreten: die Gesamtbevölkerung weist nur 3,7% Angehörige der freien Berufe unter den Erwerbstätigen auf, bei den deutschen Juden sind es 8,4%, bei den ausländischen Juden 6,2%. Es ist interessant, einige absolute Zahlen über den Anteil der jüdischen Ausländer in manchen freien Berufen anzuführen. So sind unter 626 jüdischen Theaterunternehmern und Direktoren 174 Ausländer (27,8%); unter 896 jüdischen Schauspielern und Musikern 298 Ausländer (33,3%); unter 208 jüdischen Kinobesitzern 63 Ausländer (30,3%); unter 379 jüdischen Filmschauspielern 128 Ausländer (33,8%); unter 330 jüdischen Sängern und Gesanglehrern 136 Ausländer (41,2%); unter 66 Tänzern und Tänzerinnen 17 Ausländer (25,8%); unter 192 Redakteuren 41 Ausländer (21,3%); unter den jüdischen Geistlichen und Kirchenbeamten machen die Ausländer 21,5% aus.

Der Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden in der Berufsgliederung ist groß genug, noch tiefer aber ist die Kluft in der sozialen Gliederung. Die beruflich Selbständigen machen aus: bei der Gesamtbevölkerung 16%, bei den deutschen Juden 49%, bei den ausländischen Juden 46%. Die Angestellten: 17% — 34% — 38%. Die Arbeiter: 47% — 7% — 14%. Der Prozentsatz der Selbständigen ist bei den Juden dreimal höher als bei Nichtjuden, der Prozentsatz der Arbeiter ist bei den ausländischen Juden zweimal so hoch als bei den deutschen Juden, aber dreimal niedriger (bei den deutschen Juden fast sechsmal niedriger) als bei den Nichtjuden. Im Handel, einschließlich Verkehr, machen die Selbständigen aus: bei der Gesamtbevölkerung 22%, bei den deutschen Juden 53%, bei den ausländischen Juden 54%. Angestellte in Handel und Verkehr: 42% — 35% — 34%. Arbeiter in Handel und Verkehr: 29% — 2% — 3%. Die entsprechenden Ziffern für Industrie und Handwerk sind: Selbständige: 13% bei der Gesamtbevölkerung, 42% bei den deutschen Juden, 40% bei den ausländischen Juden; Angestellte: 11% — 32% — 22%; Arbeiter: 74% — 20% — 34%. Rechnen wir Angestellte, Arbeiter und häusliche Dienste Verrichtende zusammen und bezeichnen sie als Lohnempfänger mit dem Worte „Proletarier", so ergibt sich, daß die Gesamtbevölkerung 68,4%, die deutschen Juden 43,4%, die ausländischen Juden 47,7% proletarische Elemente zählen. Die mitarbeitenden Familienangehörigen sind bei den obigen Zahlen nicht berücksichtigt worden.

In Berlin ist der Abgrund in der Berufsgliederung von Juden und Nichtjuden nicht so tief. Die Gesamtbevölkerung weist auf: Beschäftigte in der Industrie 45%, im Handel 26%; die deutschen Juden 25% in der Industrie, 44% im Handel; die ausländischen Juden 32% in der Industrie, 45% im Handel. In der Großstadt Berlin merken wir eine Annäherung in der Berufsgliederung zwischen der jüdischen und der nichtjüdischen Bevölkerung, bei Juden erhöht sich der Prozentsatz der in der Industrie Beschäftigten, bei Nichtjuden der der im Handel Beschäftigten.

* * *

Die Wirtschaftslage der Juden in Amerika

Äußerungen Dr. Bernhard Kahns

Berlin, 28. Dezember. (JTA.) Der europäische Direktor des American Joint Distribution Committee, Dr. Bernhard Kahn, der soeben von einem mehrwöchigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten nach Berlin zurückgekehrt ist, äußerte sich in einem Kreise von Pressevertretern über seine Eindrücke von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Juden Amerikas und ihre Rückwirkung auf die Arbeit der großen jüdischen Institutionen.

Die wirtschaftliche Lage der amerikanischen Juden, erklärte Dr. Kahn, hat sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Krise ungemein verschlechtert. Ein charakteristisches Symptom der Wirtschaftskrise in ihren Auswirkungen auf die Juden ist die schwierige Lage der Bank of the United States, deren Aktien zum größten Teil im Besitze jüdischer Kleingewerbetreibender und des jüdischen Mittelstandes sind. Hierzu kommt eine Wirtschaftsnot der jüdischen Vermittler und Kleinkaufleute, die die Wirtschaft ausstößt, dadurch, daß die großen Unternehmungen eigene Verkaufseinrichtungen treffen und eigene Läden errichten. Wer heute das Eastend von Neuyork besucht, ist betroffen von der gedrückten Stimmung, die dieses einst von fröhlichem Leben erfüllte Viertel beherrscht. Der Straßenbettel, eine früher fast unbekannte Erscheinung, macht sich jetzt dort stärker bemerkbar als in manchen jüdischen Städten Osteuropas.

Obwohl angesichts dieser Situation und insbesondere der schweren Gefährdung des jüdischen Mittelstandes in manchen Kreisen die Neigung besteht, sich von der Arbeit für die europäische Judenheit und von der Beteiligung an gesamtjüdischen Aufgaben zurückzuziehen, treten die breiten Massen doch für die Fortführung der bisherigen Aktionen ein. Auch die Arbeit des Joint wird keine Unterbrechung erfahren, wenn auch die Tätigkeit im nächsten Jahre auf die Fortführung der dringendsten Arbeiten beschränkt sein wird. Der Joint besitzt ein vollständig ausgearbeitetes Aktionsprogramm für die nächsten drei bis fünf Jahre, das für den Fall einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in Amerika die Inangriffnahme einer verstärkten rekonstruktiven Tätigkeit in Osteuropa in Verbindung mit der Foundation vorsieht. Dagegen werden die Ausgaben rein charitativen Charakters auf alle Fälle eine Einschränkung erfahren.

Die Geltungsdauer der Vereinbarungen über die Durchführung eines gemeinsamen Drives für Joint und Jewish Agency läuft am 31. Dezember d. J. ab. Im neuen Jahre wird kein gemeinsamer Drive mehr eingeleitet werden. Dagegen wird gleich zu Beginn des neuen Jahres eine großzügige Sammlung für Palästinazwecke unter den Auspizien der Jewish Agency durchgeführt werden. Die Jewish Agency wird hierbei die Möglichkeit haben, die ihr geeignet erscheinenden Propaganda-Methoden anzuwenden, während bei dem früheren gemeinsamen Drive der Joint mit der organisatorischen und propagandistischen Leitung betraut war.

Anläßlich des Empfanges, der zu Ehren Dr. Bernhard Kahns im Hause von James N. Rosenberg in Neuyork stattfand, und an dem hervorragende jüdische Führer und bekannte Philantropen teilnahmen, konnte Dr. Kahn feststellen, daß auch in den Kreisen der maßgebenden jüdischen Persönlichkeiten der Gedanke an eine völlige Einstellung der Arbeit für die jüdischen Hilfsorganisationen aufgegeben erscheint, wenn man auch eine Einschränkung zeitweilig für unvermeidlich hält. Es ist noch ungewiß, in welcher Weise die notwendigen Geldmittel für die Fortsetzung der Arbeit in Osteuropa aufgebracht werden. Der Joint hat es verstanden, sich von finanziellen Verpflichtungen frei zu halten, so daß er die Frage der Einstellung oder Fortführung seiner Arbeit ausschließlich von der Dringlichkeit der Bekämpfung jüdischer Not abhängig machen kann.

Dementsprechend wird die Kolonisationsarbeit des Joint auch in Rußland trotz der verstärkten Tätigkeit von KOMZET und der erhöhten finanziellen Leistungen der russischen Regierung für jüdische Kolonisationszwecke fortgesetzt werden. Die Aufstellung eines einheitlichen Sanierungsprogramms für die jüdische Bevölkerung Polens hält Dr. Kahn nicht für möglich. Er ist der Ansicht, daß die Lage der Juden in den einzelnen Distrikten untersucht werden muß und die Hilfsmaßnahmen den speziellen Verhältnissen in den verschiedenen Landesteilen entsprechend getroffen werden müssen. Im Zusammenhang damit legt Dr. Kahn Wert auf die Feststellung, daß er entgegen verschiedenen Blättermeldungen an den Verhandlungen, die das American Jewish Committee mit dem polnischen Gesandten in Washington M. Filipowicz führte, nicht teilgenommen hat. Dies hätte den Prinzipien des Joint, der sich in seiner Tätigkeit auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkt, widersprochen. Wenn auch der Joint allen Bestrebungen, die zu einem Ausgleich der politischen Gegensätze zwischen den Juden und ihrer Umgebung führen können, sympathisch gegenübersteht, so muß er doch darauf bedacht sein, daß seine Tätigkeit von politischen Konstellationen unbeeinflußt bleibt. Die Arbeit des Joint ist von der Überzeugung geleitet, daß nur auf Grund wirtschaftlicher Beruhigung auch politische Beruhigung bei der jüdischen Bevölkerung eintreten kann.

Bezüglich der zionistischen Arbeit in Amerika ist Dr. Kahn der Ansicht, daß alle Energien der Zionisten und der Kreise der Jewish Agency in Amerika in nächster Zeit von dem bevorstehenden Palästina-Drive absorbiert sein werden. Daher dürfte sich in Amerika auch für den Zionistenkongreß und die mit ihm in Zusammenhang stehenden Tagungen weniger Interesse geltend machen als in anderen Ländern. Es ist erfreulich, führte Dr. Kahn aus, daß die Brandeis-Gruppe wieder aktiv ist, und daß auch Prof. Frankfurter, dessen ausgezeichneten Beziehungen zu sozial gerichteten Kreisen in Amerika und England große Bedeutung beigemessen wird, in nächster Zeit eine aktivere Rolle übernehmen wird. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß diese Persönlichkeiten die Arbeit der zionistischen Leitung übernehmen werden.

Aus der jüdischen Welt

Tagung des Finanzausschusses der Jewish Agency in Berlin

Berlin, 27. Dezember. (JTA.) Der ständige Finanzausschuß der Jewish Agency hat am 23. und 24. Dezember in Berlin zwei Sitzungen abgehalten, in denen die durch die ökonomische Krise in der ganzen Welt geschaffene Lage besprochen wurde. Aus den Berichten, die über die Situation in den einzelnen Ländern erstattet wurden, ging hervor, daß die europäischen Länder voraussichtlich die Beträge aufbringen werden, mit deren Eingang der Finanzausschuß gerechnet hat. Über die Vorbereitungen eines für das neue Jahr beschlossenen Palästina-Drives in Amerika wurde von Dr. Bern-

hard Kahn Bericht erstattet. Der Finanzausschuß hat einen Plan zur Erzielung von Ersparnissen im Budget der Jewish Agency in und außerhalb Palästinas ausgearbeitet, der der Exekutive der Jewish Agency vorgelegt werden wird.

Das Büro des XVII. Zionistenkongresses eröffnet

Karlsbad, 24. Dezember. (JTA.) Das Büro des XVII. Zionistenkongresses hat seine Tätigkeit in Karlsbad bereits aufgenommen. Es amtiert im „Schützenhaus" (Zimmer 115, 1. Stock), in dem auch der Kongreß tagen wird. Die Adresse lautet: Karlsbad, Postfach, Tschechoslowakische Republik; Telegramm-Adresse: Congrezion, Karlsbad; Telefon 1200; Bankkonto: Böhmische Unionbank, Filiale Karlsbad.

Gefahr neuerlicher Unruhen an der Wiener Handelshochschule

Wien, 22. Dezember. (JTA.) Das Kuratorium der Wiener Hochschule für Welthandel hat nach einer stürmisch verlaufenen Debatte, in der die jüdischen Mitglieder des Kuratoriums die Haltung des Rektorats einer scharfen Kritik unterzogen, die durch eine Kundmachung des Rektors ausgesprochene Anerkennung des auf arisch-völkischer Grundlage basierenden Studentenrechts widerrufen. Gleichzeitig hat das Kuratorium die Quästur angewiesen, die Einziehung der Mitgliedsbeiträge für die deutsche Studentenschaft in Zukunft zu unterlassen.

Infolgedessen besteht die Gefahr erneuten Ausbruchs antisemitischer Unruhen an dieser Hochschule. Die Hochschulbehörden sind bemüht, eine neuerliche Störung des Studienbetriebes zu verhindern.

Ein Schlag gegen die jüdische Bevölkerung Litauens

Kowno, 18. Dezember. (JTA.) Die Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach Ausländern und Staatenlosen verboten sein soll, in Litauen irgendein Handwerk auszuüben. Das Gesetz ist direkt gegen das jüdische Element gerichtet. Tausende Juden, die infolge der Einbürgerungspraxis in Litauen als Ausländer oder Staatenlose registriert sind, werden, wenn das Gesetz zur Anwendung kommt, ohne jede Möglichkeit eines Unterhaltes bleiben. Die in Kowno erscheinende Tageszeitung „Ydische Stime" warnt die Regierung vor einem solchen Gesetz, das Tausende Menschen vor die Wahl stellen würde, Selbstmord zu begehen oder betteln zu gehen.

Einen Juden ermordet, weil er jiddisch sprach

Warschau, 22. Dezember. (JTA.) Das Gericht in Warschau verurteilte den Polen Kowalczyk wegen Ermordung des Juden Israel Sprühregen zu acht Jahren schweren Kerkers. Der Mord geschah unter ungewöhnlichen Umständen. Während sich Israel Sprühregen vor seinem Hause mit einem Freunde unterhielt, schlich sich Kowalczyk an ihn heran und stieß ihm ein Messer in den Unterleib. Nach einigen Wochen erlag Sprühregen der tötlichen Verwundung. Vor Gericht erklärte Kowalczyk, er sei, als er Sprühregen jiddisch sprechen hörte, von einer solchen Wut gegen die Juden ergriffen worden, daß er den Sprecher töten mußte.

Anträge des jüdischen Klubs im polnischen Sejm

Warschau, 17. Dezember. (JTA.) Der Jüdische Parlamentsklub im polnischen Sejm hat heute folgende drei Vorschläge eingebracht: 1. Das Gesetz über Zwangssonntagsruhe soll so umgestaltet werden, daß den jüdischen Ladenbesitzern und Gewerbetreibenden, die an den Sabbattagen nicht arbeiten und ihre Geschäfte geschlossen halten, erlaubt werden soll, an den Sonntagen zu arbeiten und die Geschäfte offen zu halten; 2. die von den Juden gegründeten Schulen mit hebräischer und jiddischer Unterrichtssprache sollen Öffentlichkeitsrecht erhalten, auch sollen ihnen Staatssubsidien gewährt werden; 3. die Regierung soll eine Untersuchung der Wahlverstöße einleiten, die insbesondere zum Schaden der Liste 17 (Block zur Verteidigung der jüdischen Rechte) begangen wurden. In einer Reihe Wahlkreise wurde diese Liste von der Behörde annulliert, in anderen Wahlkreisen wurden Kandidaten und Wähler der Liste 17 verfolgt und schikaniert. — Der einzige jüdische Senator, der Agudist Mendelsohn, wurde zu einem der Sekretäre des Senats gewählt.

Die erste öffentlich-rechtliche Synagogengemeinde in Spanien

Madrid, 21. Dezember. (JTA.) Zum erstenmal seit 1492, dem Zeitpunkt der Vertreibung der Juden aus Spanien, konnte sich in Madrid öffentlich eine jüdische Gemeinde zum Gebet in einem jüdischen Gotteshause, das als solches anerkannt ist, versammeln. Ein Kreis von etwa 30 Männern hat mit Genehmigung der Regierung die erste spanische Synagogengemeinde gegründet. Die Feierlichkeit selbst spielte sich in schlichtem Rahmen ab. Anwesend war auch ein Vertreter der Madrider Polizeibehörde. Der französische Bankier Bauer, der als finnischer Generalkonsul fungiert, und dessen Familienmitglieder in nahen persönsichen Beziehungen zu König Alfons von Spanien stehen (die Tochter von Bankier Bauer gehört zur Suite der Königin), wurde zum Präsidenten der Gemeinde gewählt. Seinen Interventionen beim König ist es vor allem zu danken, wenn jetzt nach langen Bemühungen die jüdische Gemeinde anerkannt worden ist, und er war es auch, der einen Erlaß durchsetzte, nach welchem — entgegen dem Willen der kirchlichen Behörden — auf dem Zivilfriedhof von Sevilla ein Feld für jüdische Gräber reserviert wurde. Bankier Bauer hat auch die finanziellen Lasten, die aus der Unterhaltung der Synagoge entstehen, übernommen.

Nach der Gründungsfeier wurde ein Protokoll und ein vorläufiges Gemeindestatut durch den anwesenden Polizeioffizier verlesen und unterzeichnet. Der von einem Gemeindemitglied gestellte Antrag auf Anstellung eines Kultusbeamten wurde aus Mangel an finanziellen Mitteln abgelehnt. — Das Gebäude, in dem sich die Synagoge befindet, liegt im Zentrum der Stadt. Das Bethaus selbst trägt sephardische Prägung, in einem Nebenraum ist eine kleine Bibliothek und eine Sammlung von Kultgeräten, aus Privatbesitz und staatlichen Museen stammend, untergebracht worden.

Bialik in London eingetroffen

London, 20. Dezember. (JTA.) Am Donnerstag, dem 18. Dezember, abends, traf der hebräische Dichter Chaim Nachman Bialik in London ein, wo er auf Einladung der Orientalistischen Abteilung der Universität einen Vortrag halten wird. Zu seiner Begrüßung hatten sich auf dem Bahnhof als Vertreter der Jewish Agency und der Zionistischen Exekutive Dr. Chaim Weizmann, Dr. Maurice B. Hexter, Rabbi Mayer Berlin, Dr. Rosenblüth, Josef Sprinzak und Leo Motzkin eingefunden.

Landflucht unter den jüdischen Kolonisten in der Krim und der Ukraine

Moskau, 17. Dezember. (JTA.) Die russische Regierung hat vor einiger Zeit eine Kommission

zur Untersuchung der Lage der jüdischen Kolonisten in die Krim entsandt. J. Golde, der Vertreter von Ozet in dieser Untersuchungskommission, hat nach seiner Rückkehr nach Moskau einen ausführlichen Bericht über die Arbeiten der Kommission erstattet, aus dem hervorgeht, daß hunderte von jüdischen Kolonisten aus der Krim und der Ukraine in die Städte abwandern. Die Ursachen für diese Landflucht erblickt Golde vor allem in der diesjährigen Mißernte in der Krim, weiters in dem Mangel an Mitteln für Häuserbau und schließlich in den Zwangsmaßnahmen zur Kollektivisierung. Die Lage der jüdischen Kolonisten in der Krim ist äußerst schwierig. Aus manchen Kolonien sind 70 Prozent der Siedler in ihre Heimatstädte zurückgekehrt. Viele von ihnen haben versprochen, im Frühjahr wieder in die Kolonien zu kommen, falls sich die Verhältnisse gebessert haben sollten; nach der Ansicht der Kommission aber dürften die Rückwanderer, falls sie nur in ihren Heimatstädten irgendwelche Beschäftigung finden, nicht mehr aufs flache Land gehen.

Eine ähnliche Landflucht hat in dem jüdischen Selbstverwaltungsrayon Neu-Zlatopol in der Ukraine eingesetzt. Obwohl dort die Ernte besser war als in der Krim, haben 38 Prozent der Siedler die Kolonien verlassen.

Systematischer Landfriedensbruch durch Araber in Palästina

Jerusalem, 24. Dezember. (JTA.) In letzter Zeit häufen sich Fälle von Besitzstörung und Landfriedensbruch durch Araber auf jüdischem Grund und Boden in Palästina. In verschiedenen Teilen des Landes ist es dadurch, daß Araber versuchten, jüdische Bauern an der Arbeit zu hindern, oder selbst jüdischen Boden in Bearbeitung zu nehmen, vielfach zu Zusammenstößen zwischen Juden und Arabern gekommen. Bisher sind folgende derartige Fälle bekannt geworden. In Kfar Jehoschua, auf einem Bodenkomplex in der Nähe von Nahallal, der der American Zion Commonwealth gehört, versuchten zehn Beduinen jüdische Siedler daran zu hinden, die Äcker umzupflügen. In der Nähe von Gan Schmuel im Distrikt Chedera wollten Araber aus einem zirkassischen Dorf der PJCA gehörige Parzellen in Bearbeitung nehmen. In Herzliah, Distrikt Tel-Awiw, weigerte sich eine arabische Familie, in jüdischem Eigentum befindlichen Boden zu räumen. Auf dem Infiatgebiet bei Chedera, das auf Grund gerichtlicher Entscheidung den Juden zugesprochen worden ist, haben vier Araber ein Grundstück im Ausmaße von 35 Dunam besät.

Die angegriffenen Juden haben in allen Fällen Widerstand geleistet, es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen und Steinbombardements. Die Polizei war genötigt, in einigen Fällen Verhaftungen vorzunehmen. Obwohl diese Zusammenstöße keineswegs ernsten Charakter trugen, müssen sie doch wegen ihrer Häufung Bedenken erregen. In maßgebenden jüdischen Kreisen neigt man der Ansicht zu, daß es sich hier um planmäßig zu dem Zwecke, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem des Bodenmangels zu lenken, unter dem die Araber angeblich zu leiden haben, hervorgerufene Unruhen handelt.

Inzwischen haben die Araber gegen die für die Juden günstige Gerichtsentscheidung über das Infiatland bei Chedera Berufung eingelegt. Im Hinblick auf diese Berufung hat die Polizei von Chedera die Fortsetzung der von den Juden auf den Infiatböden begonnenen landwirtschaftlichen Arbeiten untersagt. Dagegen legt sie merkwürdigerweise der Fortführung der von den Arabern begonnenen Arbeiten keinerlei Hindernisse in den Weg.

Arabische Grundbesitzer vertreiben arabische Siedler

Jerusalem, 26. Dezember. (JTA.) Nach der Übernahme der Vadi Havarith-Böden durch die jüdischen Käufer haben sich die arabischen Siedler, die früher dieses Gebiet besetzt hielten, auf benachbarten Grundstücken niedergelassen. Arabische Effendis, denen der neubesetzte Boden gehört, haben nunmehr die Siedler von dort vertrieben. Dies wird von arabischen Politikern zum Anlaß genommen, auf die Gefahren hinzuweisen, die der arabischen Landbevölkerung durch Bodenkäufe von jüdischer Seite drohen. Die Tatsache, daß den arabischen Landwirten von Vadi Havarith von jüdischer Seite das Anerbieten gestellt wurde, 18 Monate nach abgeschlossenem Landkauf auf unbesetzten Grundstücken pachtfrei zu siedeln, wird hierbei völlig außer Acht gelassen.

Die Arbeiterunruhen in Neß-Ziona
Sechs Demonstranten zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt

Jerusalem, 17. Dezember. (JTA.) Sechs von den im Verlaufe der Unruhen in Neß-Ziona verhafteten jüdischen Arbeiter wurden zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen zehn Verhafteten wurden freigesprochen.

In einem gemeinsamen Aufruf erklären die Exekutiven der Jewish Agency und des Waad Leumi, daß unter keinen Umständen eine Wiederholung der von einem Teil der Arbeitslosen in Neß-Ziona verübten Gewalttaten zugelassen werden dürfe. An die Öffentlichkeit und insbesondere an die organisierte Arbeiterschaft wird der Appell gerichtet, jedem Versuch zur Gewalttätigkeit energischsten Widerstand entgegenzusetzen.

In einer Proklamation der Arbeiterschaft von Neß-Ziona wird darauf hingewiesen, daß die Kosten des britischen Polizeischutzes für die Kolonie höher sind als die Gesamtlohnsumme von 12 Tagen. Repressivmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft seien nicht geeignet, den Hunger der Arbeitslosen zu stillen. Die dringende Arbeiterfrage erheische eine sofortige Lösung.

Bevorstehende Ausweisung transjordanischer Araber aus Palästina

Jerusalem, 18. Dezember. (JTA.) Die Palästina-Regierung hat eine Perlustrierung der Araber, die in letzter Zeit auf illegalem Wege aus Transjordanien eingewandert sind, angeordnet. Gegen 300 Araber, die nicht im Besitze einer gültigen Aufenthaltserlaubnis waren, wurde eine Untersuchung eingeleitet, nach deren Durchführung diese Araber in ihre Heimat abgeschoben werden dürften.

Wiederaufleben des Klagemauer-Konflikts. — Religiöse Hetze der arabischen Presse

Jerusalem, 24. Dezember. (JTA.) Das Organ des Großmufti, „El Jamea el Arabia", veröffentlicht einen angeblichen Brief des „Oberrabbiners von Rumänien Abraham Rosenbach" — ein völlig unbekannter Name — in dem die Forderung aufgestellt wird, daß es „jüdischen Priestern wieder erlaubt sein soll, auf dem Tempelplatz Gottesdienst abzuhalten".

Die mohammedanische Jugendvereinigung von Safed hat an den Führer der mohammedanischen Inder, Mohammed Ali, der augenblicklich in London krank darniederliegt, ein Telegramm geschickt,

in dem er aufgefordert wird, Palästina und den heiligen Burak (arabische Bezeichnung für den Platz vor der Klagemauer) vor den Juden zu retten.

Diese religiöse Hetze hat bereits dazu geführt, daß zwei Jeschiwah-Schüler, Nahum Friedmann und Moses Galerko, beim Gebet an der Klagemauer von Arabern mit Steinen beworfen wurden. Den an der Klagemauer Dienst tuenden Polizisten gelang es nicht, der Angreifer habhaft zu werden.

In jüdischen Kreisen hegt man die Befürchtung, daß es zu weiteren Überfällen auf Juden an der Klagemauer kommen wird.

Chanukka in Palästina

Jerusalem, 16. Dezember. (JTA.) Der erste Chanukka-Abend wurde in Tel-Awiw durch eine große Kinderprozession gefeiert. Von der Spitze des Wasserturms leuchtete eine riesige Menorah.

Die Chanukka-Nummer von „Haarez" bringt einen Aufruf zur Förderung der einheimischen Produktion, in dem es u. a. heißt: In unserer Macht liegt es, das Chanukka-Wunder, den erfolgreichen Widerstand eines kleinen schwachen Volkes gegen den Druck eines zahlreichen und wichtigen Volkes, zu erneuern.

Feuilleton

Klassenkampf, Antisemitismus und Zionismus

Von Theodor Lessing

Soeben ist im Jüdischen Verlag, Berlin, unter dem Titel „Jüdischer Selbsthaß" ein Werk tiefschürfender Psychologie des jüdischen Geistes vom bekannten Philosophen Theodor Lessing erschienen. Der Autor stellt an den Lebensgeschichten von sechs bedeutenden jüdischen Persönlichkeiten, die meist durch Selbstmord geendet haben, mit außerordentlicher Einfühlungskraft das Phänomen des jüdischen Selbsthasses dar. Mit restloser Offenheit und unter Bloßlegung der tiefen seelischen Abgründe dieser genialen, dabei oft krankhaften Menschen zeigt Lessing auch den Weg, der aus Verfall und Negation zur Gesundung und Befreiung führt. Wir veröffentlichen einen interessanten Abschnitt aus dem Buche, dessen kritische Betrachtung wir uns vorbehalten.

Der Klassenkampf setzte ein, als das Industriezeitalter heraufdämmerte. Er wurde der wichtigste aller Kämpfe, als Maschine, Technik, Geldwirtschaft, Industrie die ganze Erde unterjochten. Was bedeuteten jetzt noch die alten Religionszwiste? Auch völkische Unterschiede der Menschen waren nicht mehr so entscheidend wie die Unterschiede der wirtschaftlichen Klassen und ihre Not.

Karl Marx, der Theoretiker des Klassenkampfes, sah in seinen Glaubens- oder Stammesgenossen nichts anderes mehr als „den wurzellos gewordenen Anhang der Kapitalistenklasse und ihrer Geldwirtschaft". Die sogenannte Emanzipation der Juden bedeutete für Marx nur ihre Verbürgerlichung, und Verbürgerlichung war ihm gleichbedeutend mit „Auslieferung an die kapitalistische Gesellschaft, welche in ferner Zukunft durch die sozialistische Gesellschaftsordnung abgelöst werden soll". Ein jüdisches Volk im Volkskampfe kannte Marx nicht. Ein solches wäre nur im Osten zu finden gewesen, wo die Juden vorwiegend Handwerker und Arbeiter waren, denn jene Historiker, die die Juden als ein Volk von Wucherern schildern, wissen nicht einmal, daß gerade Zinsnehmen und Wucher durch die mosaische Gesetzgebung verboten und ganz unmöglich waren, bis, vom 13. Jahrhundert ab, das feudale Zeitalter den Juden das Münz- und Finanzwesen schlechtweg aufdrängte.

Im Westen sah also das Auge von Karl Marx nichts als Partei- und Interessenkämpfe. Ein Kommunist wie Moses Heß, der zugleich ein nationaler Jude und ein Zionist war, stand in dei Partei des Proletariats und im Kampfe wider die bürgerliche Welt ganz einsam.

Mit tausend Freuden aber nützte die Welt des bürgerlichen Erfolges das Dasein der Juden und der Judenfrage! Ihr konnte es nur recht sein, daß die Gegner der bürgerlichen Gesellschaft die Juden einfach dieser Sündenwelt des Kapitals zugesellten. Denn eine Sündenwelt benötigt eines Sündenbocks. Alle Widrigkeiten der bürgerlichen Kolonisations- und Erdversklavungswirtschaft, auch die an den Juden selber verübten, wurden somit aus der Geschichte oder aus dem Wesen der Juden „erklärt".

War es denn nicht ein wahres Kinderspiel, das Vorhandensein des vielgeschmähten „Kapitalismus" mit Natur und Wesen der Juden in Verbindung zu bringen?

Selbstliebe und Selbstsegnung . . . worauf sonst käme das meiste Menschenleben hinaus? „Theologie", sagt Goethe, „ist die eigenbezügliche Selbstvergottung des Menschen." — Eine neue Theologie erstand, für welche (völlig im Gegensatze zur Theologie des Mittelalters) das Christentum (und mithin auch die Sünden des Christentums) zum — Werke der Juden wurde. Paulus trug Schuld! Das Christentum Christi", das sogenannte Urchristentum, das war unjüdisch gewesen, das war (auf irgendeinem mystischen Weg) aus der Seele arischer Völker entstiegen. Aber dann war Paulus, der Hebräer, gekommen. Und so war die Vernüchterung und Entseelung der Erde im Gefolge der christlichen „Kultur" eben nicht wirkliches Christentum, sondern: „verjudetes".

Erst heute beginnt es der Kulturwelt zu dämmern: nicht der Jude hat die Menschheit in den Geist hineingetrieben, sondern der Weg zum Geiste, den die Kultur nehmen muß, hat mit dem Heidentum auch das Judentum gewandelt.

* * *

Aber es muß gesagt sein — so bitter diese Erkenntnis ist —, daß just ein Rückschlag das jüdische Volk gerettet hat. Die Assimilation wäre in Westeuropa glatt weitergegangen. Sie wäre nach einigen Geschlechtern voraussichtlich vollendet worden, wenn nicht die Gegenwelle des Hasses gekommen wäre.

Der an allen Tischen Europas mittafelnde „Fortschrittsjude" stand plötzlich vor einer dicken Mauer von Haß. Dieser Haß aber brachte ihn zur Selbstbesinnung. Der Zionismus erstand: der Keim einer Volkserneuerung. Denn wenn bei den frühesten Führern, bei Pinsker und Nordau und selbst noch bei dem herrlichen Theodor Herzl, der Zionismus zunächst nur eine nüchterne Gegenwehr war — aus Trotz, aus Stolz, aus Helferwillen, aus

Mitleid oder ganz gleich aus welchen reaktiven Gefühlen, — so konnte es doch bei einem solchen negativen Zionismus nicht lange sein Bewenden haben. Schon die nächste Generation war zionistisch, weil sie jüdisch fühlte; nicht, weil sie sich als Juden verletzt fühlte.

* * *

Die Macht ist träge. Das Kapital ist feige. Die Sattgewordenen werden lau.

Wo die Vereine der europäischen Bürger mosaischer Konfession auf dem bequemen Wege der Mitte verharrten, wo Liberalismus, Demokratie, Fortschritt und Freiheit ihre nicht eben den Kopf kostenden Spiele trieben, da sammelte sich die ganze Hochansehnlichkeit der jüdischen Bürgerwelt, der ganze „Kowed". Da waren die großen Namen und die großen Titel. Die führenden Persönlichkeiten der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft.

Uns Abseitigen aber, die wir es für unvergleichlich heldischer halten, ein ungesicherter Nomade zu sein als ein wurzelfester Bürger Europas, uns sei an diesem zweihundertsten Geburtstag des Mannes, seit dem hebräische Sprache und Schrift, Ritus, Tracht, Volksbrauch, Fest und Mythos der Zerstörung anheimzufallen begannen, einmal eine kurze Phantasie gestattet, welche aber doch immerhin im Bereiche des Möglichen zu bleiben schein!, wenn wir auf das Schicksal eines anderen, von der „christlichen Kultur" nicht minder bedrohten Volkes blikken, des indischen: auf jene „Non-Cooperation-Bewegung", die seit 1900 in dem von England vergewaltigten Indien entfesselt wurde.

Nehmen wir einmal an, auch die Juden hätten eine „Non-Cooperation-Bewegung" entfesselt. Sie hätten um 1750, als der gelbe Fleck am Gewande, der Druck der Judengesetze und die Kammerknechtschaft erlassen und die bürgerliche Emanzipation an ihnen vollzogen werden sollte, folgendermaßen geantwortet: „Wir haben durch zwei Jahrtausende für den Messias gelebt, der, wie es verheißen ward, uns in die Heimat zurückführen wird. Nun bietet eure Güte und Freundschaft uns das schöne Europa und das große Amerika zum Vaterland. Aber ihr fordert, daß wir unsere geschichtliche Überlieferung abbrechen, um in die Überlieferung und Geschichte der großen abendländischen Nationen hineinzuwachsen. Das können wir nicht! Nie haben wir von euch gefordert, daß ihr zu uns übertretet. Nie haben wir Sendboten unter die Völker gesandt, sind nie eroberungssüchtig gewesen. Wir wollen ruhig unsere Schläfenlocken und den gelben Fleck weitertragen. Wir bewahren auch unsere hebräische Sprache und die hebräischen Namen. Wir lehnen es ab, eure Feste und Gedenktage mitzumachen, deren jeder uns nur an eine erlittene Marter erinnern kann. Wir lassen euch gern eure Bilder und Götter! Aber ihr sollt auch uns das Unsere lassen. Wir sind verschieden und müssen verschieden bleiben. Nicht wir, ihr allein habt der Welt es verkündet: Gott sei ein Mensch geworden. Wir folgten nie dieser Botschaft von der Vermenschlichung Gottes. Denn unser Gott lebt jenseits von Form und Name und wahrlich auch jenseits von Mensch und all dem Greuel der menschlichen Weltgeschichte. Verachtet uns. Aber wir lehnen es ab, eure Wohltaten anzunehmen. Eure Ämter und Schulen, Titel und Mittel. Wir wollen nicht teilhaben an euren Wissenschaften und Künsten. Wir tragen Galuth und Ghetto weiter, freiwillig, und erwarten aus Bethlehem den Messias."

Wäre es möglich gewesen, so zu antworten?

Es war möglich damals, als ein Wort des Rambam, eine Strophe Halevis, ein Brief des Raschi noch die Welt des Juden war, als das Volk in der Verbannung von seinen Weisen gelenkt wurde.

Man pflegt überall zu preisen, was der Jude durch seinen Eintritt in die europäische Kultur und was Europa durch die Juden gewonnen habe. Aber man sieht es nicht oder man sagt es nur leise, um welchen Preis die Juden zu Europas Bürgern geworden sind: Durch den Verrat an den Geschichten ihrer Hoffnungen. Durch das Opfer ihrer zeitlosen Träume. Heute wird das Volk nicht mehr von frommen Weisen gelenkt, sondern von Rechtsanwälten und Großbankiers organisiert.

Die modernen, freigesinnten, liberalen, fortschrittlichen, hochkultivierten Juden tun sich viel darauf zugute, daß im letzten Jahrhundert Staatskanzler, Minister, Generäle, hohe Offiziere, große Forscher, Professoren, Autoritäten, Theaterlenker, Schriftsteller, Dichter und ich weiß nicht, was alles, geworden sind. Besser aber wäre es: Wir schämten uns der vielen Vermünzer unseres Volkshortes. Denn sie waren vielleicht nur ein phosphoreszierender Glanz des zerfallenden Volksleibes. Sie waren vielleicht nur das Flammenspiel eines kurzen aufleuchtenden europäischen Lichttages, darin unser Adel sich verbrannte.

Schmach allen Söhnen, die es vorziehen, für die Luxuswelt westlicher Weltstädte „sich der Literatur zu widmen" oder „die akademische Laufbahn einzuschlagen", statt Steine zu tragen zu der Landstraße nach Jeruschalajim.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Versteigerung alter jüdischer Kunstgegenstände in München

Am 16. Dezember fand in der Kunstgalerie Hugo Helbing die angekündigte Versteigerung alter jüdischer Kunstgegenstände statt. Die Versteigerung war gut besucht, auch aus dem Auslande waren viele Interessenten erschienen. Das Gesamtergebnis der Versteigerung betrug etwa 35 000 RM. Fast alle Gegenstände wurden verkauft. Der größte Teil der Altertümer ging nach Wien, und zwar größtenteils an den jüdischen Kunstsammler Haber, der für etwa 14 000 RM. kaufte. Für einzelne Stücke wurden hohe Preise erzielt. Das höchste Versteigerungsergebnis brachte ein kleiner silberner Aron Hakodesch etwa aus dem Jahre 1800, eine überaus reizvolle Nachbildung eines reichverzierten Thoraschrankes mit Säulen, Rankenwerk, Blumen, Adlern, sonstigen Vögeln und zwei Löwen geziert. Dieser wurde für 4100 RM. eingesteigert. Die Standmenorah Nr. 74 (ein Chanuka-Leuchter in Form eines Vogels) erzielte 1000 RM., Chanuka-Leuchter Nr. 75, eine selten schöne, reichverzierte Wand-Menorah 1200 RM., Nr. 27 Schach für den Sabbat 1400 RM., Nr. 1 Kleine Thorarolle mit kunstvollen Verzierungen 950 RM., Nr. 2 Rimonnim 620 RM., Nr. 3 Thorakrone 450 RM., Nr. 4 Thorakrone 400 RM., Nr. 5 Thoraschild 650 RM., Nr. 6, 7, 8 Thoraschilder je 450—500 RM. Nr. 58 geschnittener Sederbecher aus Glas (Jahreszahl 1674) 900 RM., Nr. 60 Sederkrug aus Porzellan 600 RM., Nr. 61 Porzellankrug mit hebräischer Inschrift (1840) 775 RM. Auch für die Besonimbüchsen wurden gute Preise erzielt.

Ausstellung Jüdisches Jugendheim

Das Münchener Heim der jüdischen Jugend wird allmählich zu einer Stätte fruchtbaren jüdischen Jugendlebens. So trat es jetzt auch mit einer

recht interessanten, wenn auch nicht sehr stark beschickten Kollektivausstellung künstlerischer Arbeiten Jugendlicher an die Öffentlichkeit.

Da sind zunächst Fritz Rosenthal's „Illustrationen zur Haggadah" zu erwähnen. Schwarz auf Gold gehalten, weisen sie eine Anzahl sehr origineller Ideen auf, ebenso wie seine drei Federzeichnungen, die allerdings mehr Geist und Witz als Fertigkeit der Hand verraten. Ferner seien die Arbeiten von Hanna Straus genannt, in denen uns ein unstreitbar starkes Talent entgegentritt, dem man weitere Ausbildung wünschen möchte. Zwei Zeichnungen, eine „Pferdestudie" und ein „Portrait" zeigen sehr bemerkenswerte Ansätze; ein „Selbstbildnis" in Öl, aus ihrem sechzehnten Jahr, muß bereits als gut gekonnt bezeichnet werden.

(Daß man hier auch Zeichnungen von David Schneuer zeigt, ist zwar interessant, aber doch wohl nicht ganz gerechtfertigt, wenn man den Zweck der Ausstellung berücksichtigt — wollte man aber die Grenzen der Ausstellung weiter ziehen, dann hätte man gewiß auch andere junge jüdische Künstler Münchens zur Beteiligung auffordern müssen.)

Ein zweiter Teil der Ausstellung war Photographien gewidmet, die in großer Menge eingegangen waren und zweifellos auch zum großen Teil Sinn für Bildwirkung, Landschaft und Ausdruck verraten — im ganzen aber doch neben einer Sonderschau von photographischen Arbeiten der Brüder Gidalewitsch verblassen, die nun wirklich bereits Meister ihres Faches und als solche auch allgemein anerkannt sind.

Den Abschluß bilden kunstgewerbliche Arbeiten aus dem Münchener Lehrlingsheim, die mit viel Geschick und Fleiß zusammengestellt sind.

Es ist zu hoffen, daß sich diese Ausstellung, nächstes Jahr, wenn möglich in einem noch etwas weiteren Rahmen, wiederholt. F.W.

*

Die **Ausstellung Jüdisches Jugendheim,** am 19., 20. und 21. Dezember 1930, die sich eines regen Besuches erfreute, schloß mit der Feier der Preisverteilung. Lieder von Waldemar von Baußnern, von Fräulein Berger prächtig vorgetragen, leiteten ein. Hans Lamm begrüßte die Erschienenen; er dankte allen Ausstellern dafür, daß sie durch ihre Beteiligung an der Ausstellung mitgeholfen hätten, einen Einblick zu geben in die außerschulische Beschäftigung der jüdischen Jugend Münchens. Besonders herzlich dankte er den Herren Ignaz und Georg Gidalewitsch und dem Lehrlingsheim, für Überlassung ihrer vortrefflichen Arbeiten in einer Sonderschau und den Preisträgern. Anschließend nahm Karl Mayer die Preisverteilung vor. Bei den Zeichnungen erhielt den 1. Preis Fritz Rosenthal, je einen zweiten Hannah Straus und Norbert Engelhard. Das Lehrlingsheim erhielt den Preis für handwerkliche Arbeiten. Für außerordentlich schöne Photos erhielt den 1. Preis Kurt Aufseesser, den 2. Paul Wertheimer, den 3. Kurt Neumeier, den 4. G. Straus und den 5. Walter Feibelmann. Als Anerkennung erhielten je ein Buch Ernst Baerwald, Ottmar Blum, Heinrich Cohn, Franz Lehmann, Adolf Rotter und Gerd Wenke. Ein Flötenquartett von Mozart, von Mitgliedern des jüdischen Kammer-Orchesters mit Können gespielt, schloß den Abend. Die Preise (Bücher von Altalena, Fleg, Friedell, Holdheim, Lichtheim, Pallière, Perez, Rilke, Rosenzweig, Stefan Zweig, Wassermann, Weinberg u. a.) waren dankenswerterweise großenteils von der Ewer-Buchhandlung, dem Verlag Meyer und Jessen und der Buchhandlung August Wertheimer gestiftet worden.

Jüdischer Jugendverein München.

I. Donnerstagabende. Lessingsaal. Beginn: 20.30 Uhr. Am 8. Januar nehmen wir unsere Arbeitssitzungen wieder auf, und zwar wird an diesem Abend der berufenste Kenner der Materie, Herr Gutsbesitzer Einstein (Augsburg), über das Thema sprechen: „Der Landwirt". Der Name des Referenten, der ja uns Münchenern kein fremder ist, wird sicherlich unsere Mitglieder veranlassen, vollzählig zu erscheinen. Gäste willkommen.

II. Freitagabende regelmäßig im Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1. Beginn: 20.30 Uhr. Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind uns herzlichst willkommen.

Unsere diesjährige Generalversammlung findet am 22. Januar statt. Eventuelle Anträge müssen bis zum 15. Januar im Besitz des Vorsitzenden sein.

Jüdischer Gesangverein München (e. V.). Einer Aufforderung des Literaturvereins „Perez" nachkommend wird der J.G.V. an der „Schalom-Asch"-Feier am 17. Januar 1931 im Goethesaal mitwirken. Hierzu findet eine Chorprobe am Mittwoch, 7. Januar, im Lessingsaal statt, an der teilzunehmen alle Aktiven hierdurch aufgefordert werden. Die ordentliche Generalversammlung wird auf Februar verschoben.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Familie M. Schumer und Frau gratulieren herzlichst Herrn und Frau Wiesel zur silbernen Hochzeit und Tobias Reinheimer zur Vermählung 2 RM.

Der Gesamtauschuß der Ostjuden gratuliert Herrn und Frau Wiesel zur silbernen Hochzeit.

Deutsches Theater. Der Allgemeine Deutsche Tanzlehrer-Verband e. V., Berlin, hält am Samstag, 17. und Sonntag, 18. Januar 1931, im Deutschen Theater die Europameisterschaft für Berufstänzer ab. Innerhalb dieses Turniers gelangt ebenfalls die Deutsche Meisterschaft für Berufstänzer 1931 zum Austrag. Namhafte Meldungen aus aller Welt sind bereits eingegangen. Die Geschäftsstelle befindet sich im Ballbüro des Deutschen Theaters.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 12
vom 16. bis 30. Dezember 1930

Goldenes Buch Dr. Max Mayer: Familie Joseph Schachno dankt für die empfangenen Glückwünsche 20.—.

Goldenes Buch Bar Kochba: Familie Orljansky gratuliert Herrn und Frau Karl Wiesel zur Silberhochzeit 5.—; Paul Grünbaum und Frau desgleichen 1.—.

Goldenes Buch Zionistische Ortsgruppe München: Adolf Misch gratuliert Herrn und Frau Karl Wiesel zur Silberhochzeit und Herrn und Frau Kupfer zur Geburt des Sohnes (unlieb verspätet) 3.—.

In Ausführung der Resolution des Jungzionistischen Arbeitskreises vom 24. November 1930 spenden: Fanny Schachno 1.—, NN. 1.— = 2.—.

Allgemeine Spenden: Familie E. Botie gratuliert Herrn und Frau Karl Wiesel zur Silberhochzeit 2.—; Familie D. Spinner desgl. 3.—; Herr und Frau J. Kugler desgl. 1.—; Familie Schaller desgl. und zur Verlobung Freylich-Dr. Rosner 2.—.

Büchsen: Geleert durch Herrn Jackie Renka: M. Eisenstädter 18.50; Dr. G. Böhm 10.50; A. Benjamin 2.— = 31.—.

Geleert durch Herrn Martin Pinner: Frau R. Kohn 3.50.

Geleert durch Herrn Erich Feldheim: J. Goldmann 2.50; A. Tennenbaum 2.—; J. Hebenstreit 1.40; J. Löwin 0.25 = 6.15.

Geleert durch Herrn Raphael Grünbaum: I. Botie 2.05; E. Droller 11.90; Jul. Levite 5.20; O. Böhm 1.69; P. Koroncyk 0.50 = 21.34.

Geleert durch Herrn Albert Saß: Urwand 6.14; L. Freylich 2.58; L. Perzin 1.10 = 9.82.

Material: D. Horn 1 N.-F.-Telegramm 0.50; H. Kleinmann 1 N.-F.-Telegramm 0.50 = 1.—.

Zusammen RM. 111.81.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: RM. —.—.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

München תרצ״א Statt Karten בעזה

MAX LIPMAN

LINA LIPMAN

geb. JACOB

Vermählte

Trauung: Dienstag, 6. Jan., um 14 Uhr, Synagoge Herzog Rudolf Str. 3

Freunde und Bekannte sind uns herzlich willkommen.

Freundlich uns zugedachte Telegramme bitten wir für wohltätige Zwecke abzulösen.

KARL WIESEL und FRAU

danken herzlichst für die Ihnen anläßlich ihrer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten.

München, im Dezember 1930

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.